

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Land)
vom 5. Dezember 2023**

„Vor der geplanten Abschiebeoffensive – Wie waren die bisherigen Erfolge des Senators für Inneres beim Thema Abschiebungen?“

Die Fraktion der CDU hat folgende Große Anfrage an den Senat gerichtet:

Der Meinungsmelder von „butenunbinnen“ legt offen, was die CDU-Bürgerschaftsfraktion schon seit Jahren von den Bremerinnen und Bremern zurückgespiegelt bekommt: Die große Mehrheit der Bevölkerung (80%) ist unzufrieden mit der Migrationspolitik des Bremer Senats. Ca. 5.500 Menschen haben an dieser Umfrage teilgenommen und gaben an, dass sie das Thema Migration zurzeit am meisten beschäftige. Dabei geht es nicht um eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber der zu uns kommenden Personen, sondern viel mehr um die Sorge der mangelnden Ressourcen. Sowohl bei der Unterbringung als auch bei der Finanzierung sehen die Menschen erhebliche Defizite im Land Bremen. Wir nehmen seit Jahren Geflüchtete auf, obwohl wir mit unseren Ressourcen wie Kita- und Schulplätze, Sprachkurse, Unterkünfte, Gesundheitswesen usw. an unsere Grenzen stoßen. Wir können den Menschen gar keine angemessene Versorgung im Land Bremen mehr bieten. Darüber hinaus befürchten viele Menschen eine "steigende Kriminalität" durch Migranten. Diese Verbindung mit dem vermehrten Zufluchtsstrom bringt auch der Senator für Inneres und Sport jüngst ins Gespräch als er verkündete: „Wir haben einen massiven Anstieg der Kriminalität durch ungesteuerte Zuwanderung.“ Seine bisherige Erfolgsbilanz in diesem Zusammenhang ist relativ dürftig, es gibt seit Monaten vermehrt Raubstrafaten in der Bremer Innenstadt, der Drogenhandel am Hauptbahnhof floriert wie nie und auch das Unsicherheitsgefühl der Bremerinnen und Bremer nimmt immer weiter zu. Obwohl der Senator für Inneres und Sport allein im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs von 454 Straftätern spricht, die wegen Betäubungsmittelstrafaten aufgefallen sind und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, schob er im Jahr 2023 bislang lediglich zwei von ihnen ab. Im gesamten Jahr 2022 führte er insgesamt 26 Menschen aus dem Land Bremen zurück in ihre Heimatländer. Bei jeder Verkündung, er wolle von nun an härter durchgreifen, melden sich sogleich seine Koalitionskollegen der LINKE sowie der Grünen und nehmen ihm dem Wind aus den Segeln, indem sie sagen, dass er damit bei ihnen nicht durchkommen werde. Und genau so war es bislang auch. Der Innensenator kündigte bspw. an, die organisierten Drogendealer vom Hauptbahnhof abschieben zu wollen, passiert ist aber sehr wenig. Zumindest auf Bundesebene ist eine Abschiebeoffensive geplant, deren Umsetzung jedoch Länderangelegenheit sein wird. Auch da wird es wieder auf die Bereitschaft der rot-rot-grünen Bremer Regierung ankommen, ob sie an der Problemlage wirklich etwas ändern wollen, oder ob es seitens des Innensenators bei seinen Ankündigungen bleibt. Immerhin der Bundeskanzler Olaf Scholz spricht ausdrücklich von einer Abschiebeoffensive „im großen Stil“.

Antrag auf Fristverkürzung

Gemäß § 24 Absatz 2 Satz 2 Geschäftsordnung der Bürgerschaft, beantragen wir die Beantwortung binnen drei Wochen, damit die Antwort des Senats zu diesem aktuell diskutiertem Thema in der Dezembersitzung der Bremischen Bürgerschaft beraten werden kann.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Hinweis: Bitte bei der Beantwortung der Anfrage keine Fragen und Unterfragen miteinander verbinden!

Bitte des Weiteren für alle Fragen, wo es möglich ist, nach Bremen und Bremerhaven aufschlüsseln.

1. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Personen gibt es aktuell im Land Bremen (Stichtag 31.10.2023)?
 - a. Aus welchem Land stammen diese Ausreisepflichtigen jeweils?
 - b. Wie viele Ausreisepflichtige haben eine Duldung und auf welchen Grund stützten sich die Duldungsverfügungen jeweils?
 - c. Wie hat sich die Zahl der ausreisepflichtigen Personen seit 2015 entwickelt (Bitte in einer bildlichen Darstellung mittels Balkendiagramm angeben)?
2. Wie viele Abschiebungen haben bislang im Jahr 2023 aus dem Land Bremen stattgefunden?
 - a. in welche Länder erfolgten die Rückführungen jeweils?
 - b. auf welche Gesetzesgrundlage stützte sich die Rückführung jeweils?
 - c. Wie viele Abschiebungen haben in der Zeit von 2015 bis 2022 jeweils im Jahr stattgefunden (bitte getrennt für beide Stadtgemeinden und mit dem jeweiligen Zielland angeben sowie in einer bildlichen Darstellung als Balkendiagramm)?
 - d. Wie viele freiwillige Ausreisen gab es in dem gleichen Zeitraum pro Jahr (bitte getrennt für beide Stadtgemeinden und mit dem jeweiligen Zielland angeben)?
 - e. Welche Kosten sind durch die freiwilligen Ausreisen in dem Zeitraum pro Jahr jeweils und in Summe entstanden?
 - f. Welche Kosten sind durch die Abschiebungen und Abschiebeversuche in dem Zeitraum pro Jahr jeweils und in Summe entstanden?
3. Im Rahmen der Fragestunde in der Stadtbürgerschaft im Oktober 2023, antwortete der Senat, dass er 2023 insgesamt zwei Personen, die im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs aufgrund von Betäubungsmitteldelikten strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, abgeschoben hat. Darüber hinaus gab es vor Ort seit Jahresbeginn bis zum 31.08.2023 insgesamt 1.382 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, wobei 834 individuell Beschuldigte registriert wurden und davon 454 Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (ca. 54 %) hatten. Inwieweit erachtet der Senat die zwei abgeschobenen Straftäter rund um den Bremer Bahnhof in Anbetracht der 454 registrierten Ausländer als Erfolg?
 - a. Welche Staatsangehörigkeit haben die oben skizzierten 454 Personen jeweils?
 - b. Welchen Aufenthaltsstatus haben diese 454 Personen?
 - c. In wie vielen Fällen wurde eine Abschiebung bei diesen 454 Tätern versucht und aus welchem Grund ist sie jeweils ggf. gescheitert?
 - d. Wie viele der 454 Personen erhalten welche Sozialleistungen?
 - e. Wie viele der 454 Personen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt?
4. Wie viele weitere Abschiebungen sind im Zeitraum von 2018 bis heute (Stichtag 31.10.2023) jeweils versucht worden (bitte für die beiden Stadtgemeinden und die einzelnen Monate angeben)?
 - a. woran sind die Abschiebungen jeweils gescheitert?
 - b. Wie bewertet der Senat die jeweiligen Gründe, die die jeweilige Abschiebung verhindert haben und welche Möglichkeiten hat der Senat diesen abzuwehren?
5. In welche Länder wird grundsätzlich aus Bremen abgeschoben?
6. In welche Länder wird grundsätzlich nicht abgeschoben (bitte für jedes Land begründen und tabellarisch auflisten, inwiefern die anderen 15 Bundesländer ebenfalls nicht in diese Länder abschieben)?

7. Wie würde der Senat seine Erfolge bei seinen Abschiebebemühungen in den letzten fünf Jahren beschreiben? Inwieweit plant der Senat in Anbetracht des „Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung“ seine Abschiebepraxis zu ändern und statt auf freiwillige Ausreisen, auf tatsächliche Rückführungen zu setzen?

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: In der Freien Hansestadt Bremen sind die Ausländerbehörde Bremerhaven, das Migrationsamt Bremen und das Referat 24 beim Senator für Inneres und Sport für Rückführungen zuständig. Die von der Fragestellerin angeführte Umfrage war weder repräsentativ noch nach wissenschaftlichen Maßstäben formuliert.

1. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Personen gibt es aktuell im Land Bremen (Stichtag 31.10.2023)?

Im Land Bremen gibt es zum Stichtag 30.09.2023 3.779 ausreisepflichtige Personen.

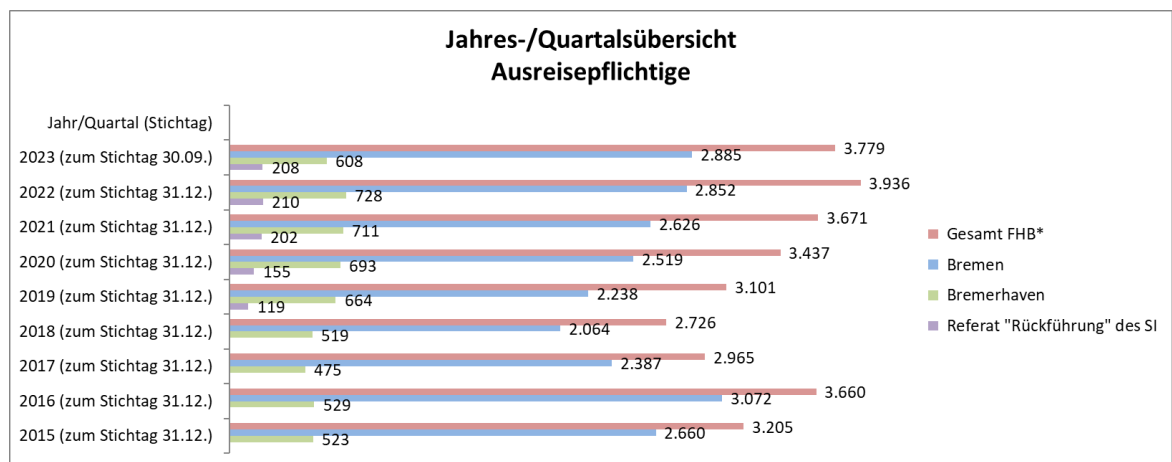
- a. Aus welchem Land stammen diese Ausreisepflichtigen jeweils?

Eine statistische Erfassung des Herkunftslandes erfolgt hier nicht. Eine händische Auswertung war aufgrund der Vielzahl der Fälle und der verkürzten Frist nicht realisierbar.

- b. Wie viele Ausreisepflichtige haben eine Duldung und auf welchen Grund stützten sich die Duldungsverfügungen jeweils?

Von den Ausreisepflichtigen sind 3.234 derzeit in Duldung. Die wesentlichen Duldungsgründe stellen sich wie folgt dar: 313 Personen werden aufgrund fehlender Reisedokumente geduldet, 666 aus familiären Gründen, 346 aus medizinischen Gründen, 117 aufgrund eines laufenden Asylfolgeverfahrens, 265 aus humanitären Gründen, 97 aufgrund ungeklärter Identität. Weitergehend gibt es 94 Personen, die als unbegleitete Minderjährige geduldet werden. 32 Personen verfügen über eine Ausbildungs- und 5 über eine Beschäftigungsduldung. 1158 Personen werden aus sonstigen Gründen geduldet.

- c. Wie hat sich die Zahl der ausreisepflichtigen Personen seit 2015 entwickelt (Bitte in einer bildlichen Darstellung mittels Balkendiagramm angeben)?



2. Wie viele Abschiebungen haben bislang im Jahr 2023 aus dem Land Bremen stattgefunden?

Bislang fanden 28 Rückführungen statt.

- a. in welche Länder erfolgten die Rückführungen jeweils?

Es erfolgten 4 Rückführungen nach Albanien; 3 nach Bulgarien und Polen; 2 in die Türkei, nach Guinea und Algerien; jeweils eine nach Italien, Kosovo, Niederlande, Jordanien, Lettland, Gambia, Litauen, Libanon, Serbien und Pakistan, Österreich und Frankreich.

- b. auf welche Gesetzesgrundlage stützte sich die Rückführung jeweils?

In 6 Fällen erfolgte die Rückführung auf Grundlage der Dublin-VO, also die Personen wurden in das Land zurückgeführt, in dem sie das Asylverfahren zu durchlaufen haben. In 22 Fällen erfolgte die Rückführung auf Grundlage des § 58 Abs. 1 S. 1 AufenthG. Voraussetzung hierfür ist die vollziehbare Ausreisepflicht. Die Betroffenen waren allesamt Straftäter.

- c. Wie viele Abschiebungen haben in der Zeit von 2015 bis 2022 jeweils im Jahr stattgefunden (bitte getrennt für beide Stadtgemeinden und mit dem jeweiligen Zielland angeben sowie in einer bildlichen Darstellung als Balkendiagramm)?

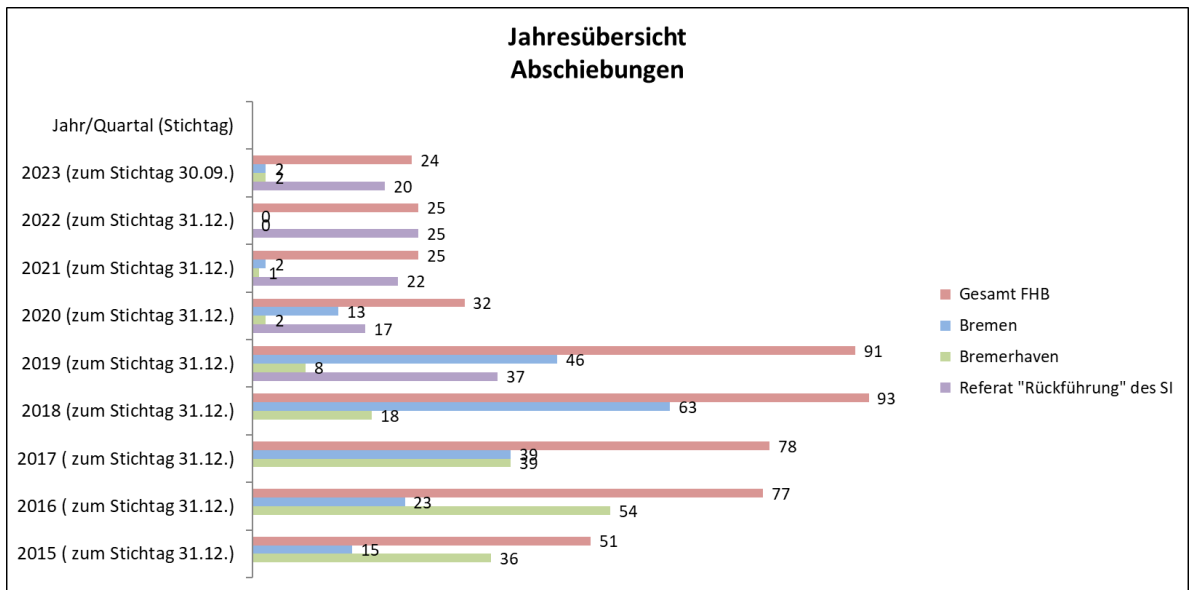
Bremerhaven

2015	36	Serbien
2016	54	Serbien, Mazedonien, Albanien, Kosovo
2017	40	Kosovo, Albanien, Serbien, Ukraine, Mazedonien, Marokko, Litauen
2018	18	Kosovo, Schweden, Rumänien, Norwegen, Frankreich, Italien, Polen, Algerien
2019	8	Ägypten, Guinea, Norwegen, Spanien, Großbritannien, Polen, Niederlande, Italien
2020	2	Bulgarien
2021	1	Bulgarien
2022	0	-

Bremen

2015	15	Zielländer nicht ermittelbar
2016	23	Zielländer nicht ermittelbar
2017	39	Marokko, Polen, Algerien, Bulgarien, Türkei, Rumänien, Ghana, Gambia, Russland, Kosovo, Albanien, Mazedonien, Serbien
2018	63	Moldau, Ukraine, Rumänien, Polen, Litauen, Algerien, Albanien, Mazedonien, Marokko,

		Georgien, Bulgarien, Portugal, Serbien, Pakistan, Kosovo, Algerien, Italien, Schweden, Belgien, Dänemark, Schweiz, Tschechien, Niederlande, Russland, Türkei, Tunesien, Libanon
2019	83	Litauen, Rumänien, Algerien, Griechenland, Bulgarien, Italien, Lettland, Senegal, Polen, Albanien, Italien, Frankreich, Spanien, Polen, Schweiz, Belgien, Niederlande, Finnland, Schweden, Türkei, Marokko, Libanon, Kolumbien, Serbien, Kosovo, Ghana, Tunesien, Bosnien, Brasilien
2020	30	Litauen, Rumänien, Ägypten, Polen, Albanien, Italien, Schweden, Frankreich, Niederlande, Brasilien, Bosnien- Herzegowina, Serbien, Bulgarien, Marokko, Türkei, Nordmazedonien
2021	24	Albanien, Türkei, Großbritannien, Bulgarien, Serbien, Gambia, Russland, Moldau, Kosovo, Polen, Rumänien, Albanien, Cote d'Ivoire
2022	25	Frankreich, Algerien, Türkei, Kroatien, Ägypten, Marokko, Rumänien, Nigeria, Polen, Serbien, Kosovo, Bulgarien, Brasilien, Tunesien, Australien, Lettland, Italien



- d. Wie viele freiwillige Ausreisen gab es in dem gleichen Zeitraum pro Jahr (bitte getrennt für beide Stadtgemeinden und mit dem jeweiligen Zielland angeben)? Eine statistische Erfassung nach Zielland erfolgt nicht.

Jahr	Bremen	Bremerhaven
2017	1.128	174
2018	923	118
2019	772	118
2020	317	99
2021	341	124
2022	672	149

- e. Welche Kosten sind durch die freiwilligen Ausreisen in dem Zeitraum pro Jahr jeweils und in Summe entstanden?

2015: 47.104,10 €
 2016: 105.780,93 €
 2017: 403.322,36 €
 2018: 410.437,57 €
 2019: 296.987,28 €
 2020: 461.520,03 €
 2021: 472.551,85 €
 2022: 656.800,65 €

Von 4.153 Personen, die von 2015 bis 2022 freiwillig ausgereist sind, wurden lediglich 1.848 Personen von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration finanziell gefördert. Der weit überwiegende Anteil ist somit ohne finanzielle Förderung ausgereist.

- f. Welche Kosten sind durch die Abschiebungen und Abschiebeversuche in dem Zeitraum pro Jahr jeweils und in Summe entstanden?

2016: 19.000 €
 2017: 133.000 €
 2018: 295.000 €
 2019: 275.000 €
 2020: 141.000 €
 2021: 109.000 €

2022: 198.000 €
2023: bislang 107.000 €

Aus dem Vergleich mit den unter Frage 2e aufgeführten Kosten ergibt sich deutlich, dass die freiwillige Ausreise aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten stets vorzuziehen ist. So liegen die Kosten für die finanzielle Förderung der freiwilligen Ausreise pro Person bei ca. 1.400 €, während eine Abschiebung durchschnittliche Kosten von ca. 5.000 € pro Person verursacht.

3. Im Rahmen der Fragestunde in der Stadtbürgerschaft im Oktober 2023, antwortete der Senat, dass er 2023 insgesamt zwei Personen, die im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs aufgrund von Betäubungsmitteldelikten strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, abgeschoben hat. Darüber hinaus gab es vor Ort seit Jahresbeginn bis zum 31.08.2023 insgesamt 1.382 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, wobei 834 individuell Beschuldigte registriert wurden und davon 454 Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (ca. 54 %) hatten. Inwieweit erachtet der Senat die zwei abgeschobenen Straftäter rund um den Bremer Bahnhof in Anbetracht der 454 registrierten Ausländer als Erfolg?

Es bleibt zunächst festzuhalten, dass die vorliegende Liste lediglich 442 Personen umfasst, da 12 Personen doppelt gelistet waren. Im Folgenden wird daher von 442 Personen ausgegangen.

Die Abschiebung dieser Personen ist gerade mit Blick auf die Schwierigkeiten, die sich bezüglich der ermittelten Herkunftsstaaten – hier insbesondere Guinea – ergeben, als Erfolg zu werten. Die Vorbereitung von Rückführungen benötigt Zeit, insbesondere wenn die Betroffenen nicht identifiziert sind oder nicht im Besitz gültiger Passpapiere sind. Daher ist jeder Fall individuell zu betrachten. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass nicht alle der 442 gelisteten Personen vollziehbar ausreisepflichtig sind, also überhaupt abgeschoben werden können.

Mit Blick auf die Staatsangehörigkeit (s.u.) fällt auf, dass ein Großteil der Betroffenen aus Afghanistan und Syrien kommt. Eine Abschiebung in diese Länder ist aufgrund der ungewissen Sicherheitslage in der Regel unverhältnismäßig, sodass das Bundesinnenministerium (BMI) länderseitig gebeten wird, Möglichkeiten zu prüfen, wie Straftäter trotz der Sicherheitslagen nach Afghanistan oder Syrien abgeschoben werden können. Bei der kommenden Dezembersitzung der Innenministerkonferenz wird der Senator für Inneres und Sport eine entsprechende Prüfbitten an das BMI unterstützen.

- a. Welche Staatsangehörigkeit haben die oben skizzierten 454 Personen jeweils?

47x Afghanistan	6x Lettland
9x Albanien	24x Marokko
1x Armenien	3x Moldau
1x Aserbajdschan	3x Nordmazedonien
8x Bulgarien	1x Mali
1x Cote d'Ivoire	1x Montenegro
1x Kamerun	7x Nigeria
1x Kongo	1x Niederlande
1x Dänemark	3x Pakistan
18x Algerien	18x Polen
2x Ägypten	3x Portugal
3x Eritrea	3x Rumänien
3x Spanien	4x Russland
1x Frankreich	1x Ruanda
6x Georgien	2x Sudan

3x Ghana
66x Guinea
16x Gambia
4x Guinea-Bissau
1x Griechenland
1x Indien
15x Iran
4x Irak
4x Italien
1x Kasachstan
5x Libanon
2x Libyen

2x Senegal
8x Sierra Leone
11x Somalia
15x Serbien
42x Syrien
1x Tadschikistan
1x Turkmenistan
5x Tunesien
36x Türkei
9x Ukraine
7x ungeklärt

b. Welchen Aufenthaltsstatus haben diese 454 Personen?

208 der gelisteten Personen halten sich derzeit erlaubt im Bundesgebiet auf, da sie über Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnisse, Gestattungen oder Fiktionsbescheinigungen verfügen oder für sie die Freizügigkeitsvermutung oder ein Daueraufenthaltsrecht gilt. 172 Betroffene halten sich derzeit unerlaubt im Bundesgebiet auf. Zu den restlichen Personen konnten keine hinreichenden Informationen ermittelt werden.

c. In wie vielen Fällen wurde eine Abschiebung bei diesen 454 Tätern versucht und aus welchem Grund ist sie jeweils ggf. gescheitert?

In 265 Fällen besteht eine Bremer Zuständigkeit (also eine Zuständigkeit der Ausländerbehörde Bremerhavens, des Migrationsamtes oder des Referats 24). Hiervon sind jedoch lediglich 96 Personen vollziehbar ausreisepflichtig. In einem dieser Fälle wurde 2021 eine Rückführung nach Bulgarien versucht, die jedoch aufgrund der pandemischen Zustände gescheitert ist. In 42 Fällen liegt das Hindernis in der Passlosigkeit der Betroffenen. 11 Personen sind noch minderjährig; diese können generell nicht abgeschoben werden. In einigen Fällen bestehen auch Abschiebungsverbote oder familiäre sowie medizinische Gründe für eine Duldung. 3 Personen befinden sich bereits in (U-) Haft, in zwei Fällen stehen Auslieferungen bevor. 3 weitere Personen besuchen derzeit noch die Schule. In 4 Fällen ist der Aufenthaltsort unbekannt und die Personen sind zur Fahndung ausgeschrieben.

d. Wie viele der 454 Personen erhalten welche Sozialleistungen?

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sieht sich an der Entgegennahme der personenbezogenen Daten der Betroffenen aus Gründen des Datenschutzes gehindert, weshalb ihr eine entsprechende Beantwortung der Fragen nicht möglich ist. Hintergrund ist insoweit, dass die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) die zur Beantwortung der Frage erforderlichen Datenübermittlungen als unzulässig einstuft, weil der Datenaustausch zwischen Behörden zwecks Beantwortung parlamentarischer Anfragen unter die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bzw. die Justiz/Inneres-Richtlinie (J/I-Richtlinie) falle und es weder in der DSGVO noch im Bremischen Polizeigesetz eine Rechtsgrundlage dafür gibt.

Die Beantwortung, wie viele der oben genannten Personen Bürgergeld beziehen, fällt in die Zuständigkeit der Jobcenter Bremen und Bremerhaven. Diese haben Zweifel, dass eine Auskunft über die gewünschten Sozialdaten datenschutzrechtlich zulässig ist und haben daher die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit (RD) einbezogen. Aufgrund der grundsätzlichen Natur hat diese zur abschließenden Beurteilung der Zulässigkeit der Datenübermittlung die Zentrale der

Agentur für Arbeit in Nürnberg angefragt. Eine abschließende Bewertung liegt noch nicht vor.

- e. Wie viele der 454 Personen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt?

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sieht sich an der Entgegennahme der personenbezogenen Daten der Betroffenen aus Gründen des Datenschutzes gehindert, weshalb ihr eine entsprechende Beantwortung der Fragen nicht möglich ist. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Antwort zu Frage 3d Bezug genommen.

4. Wie viele weitere Abschiebungen sind im Zeitraum von 2018 bis heute (Stichtag 31.10.2023) jeweils versucht worden (bitte für die beiden Stadtgemeinden und die einzelnen Monate angeben)?

Jahr	Bremen	Bremerhaven
2018	162	30
2019	187	8
2020	40	2
2021	15	1
2022	12	0
2023	49	8

- a. Woran sind die Abschiebungen jeweils gescheitert?

Am häufigsten scheitern Rückführungen am Nichtantreffen der Person. Weitergehend ist es der Polizei bislang nicht gestattet, in Gemeinschaftsunterkünften die betroffene Person aus in Räumen anderer Bewohner:innen zu suchen und in Gewahrsam zu nehmen; , da bislang auch für Bewohner:innen von Sammelunterkünften das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung gilt dies soll jedoch durch das Gesetz zur Verbesserung der Rückführung eingeschränkt werden und für die Durchführung von Abschiebungen nicht mehr gelten.

Darüber hinaus kann es auch zu organisatorischen Hindernissen kommen – etwa bei einer Stornierung des Fluges, bei einer kurzfristigen Änderung der Einreisebestimmungen oder gar Entziehung der Landeerlaubnis, oder – bei Widerstand des Betroffenen - aufgrund einer Mitnahmeverweigerung durch die Fluglinie. Auch durch kurzfristige gerichtliche Entscheidung kann eine Abschiebung abgebrochen werden. Seltener kommt es vor, dass die Betroffenen aus medizinischen Gründen vorübergehend nicht abgeschoben werden können, etwa bei einer Reiseunfähigkeit infolge einer Erkrankung.

- b. Wie bewertet der Senat die jeweiligen Gründe, die die jeweilige Abschiebung verhindert haben und welche Möglichkeiten hat der Senat diesen abzuwehren?

Eine Abschiebung wird generell erst geplant und vorbereitet, wenn die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rückführung vorliegen, etwa eine vollziehbare Ausreisepflicht, geeignete Rückführungsdokumente etc. Liegen die Voraussetzungen vor und die Behörde steigt in die Planung ein (Flugbuchung, Amtshilfeersuchen an Polizei, ggfs. Antrag auf Erlass einer Durchsuchungsanordnung), scheitert die Abschiebung meist an externen Faktoren (etwa Nichtantreffen der Person, gerichtliche Entscheidung, Stornierung des Fluges), die die Behörde schlicht nicht beeinflussen kann.

Im Vorfeld der Planung geht es insbesondere um Identitätssicherung. Migrations- bzw. Rückübernahmeabkommen spielen eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Steigerung von Abschiebungen. Hierbei geht es zum einen um den Abschluss neuer Abkommen als auch um die Einhaltung bzw. der konkreten Umsetzung bereits bestehender Abkommen. Darüber hinaus wird der Austausch mit konsularischen Vertretungen gesucht, insbesondere mit Blick auf die Passersatzpapierbeschaffung. Der Senator für Inneres und Sport steht im regelmäßigen Austausch mit dem Bundesministerium des Inneren und für Heimat, dem BAMF und der Bundespolizei. Der Senator für Inneres und Sport ist etwa zwecks Kommunikationsverbesserung mit dem Herkunftsland Guinea auch gesondert an den Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung für Migrationsabkommen herangetreten. Mit Blick auf einen geplanten guineischen Delegationsbesuch im Bundesgebiet bestehen mit dem BMI konkrete Planungen, die Delegation einen Tag in Bremen zu empfangen und einen konstruktiven Austausch, insbesondere hinsichtlich der bremischen Interessenlage, zu führen. Auch über die entsprechende Mitarbeit in Gesetzgebungsverfahren setzt der Senator für Inneres und Sport sich für Regelungen ein, die eine Abschiebung von Straftätern erleichtern sollen.

5. In welche Länder wird grundsätzlich aus Bremen abgeschoben?

Es wird grundsätzlich in jedes Herkunftsland abgeschoben, für das kein Abschiebestopp bzw. ein individuelles Abschiebungsverbot besteht.

6. In welche Länder wird grundsätzlich nicht abgeschoben (bitte für jedes Land begründen und tabellarisch aufführen, inwiefern die anderen 15 Bundesländer ebenfalls nicht in diese Länder abschieben)?

Es finden keine Rückführungen nach Syrien oder in den Iran statt. Für den Iran besteht nach wie vor ein Abschiebestopp, sodass auch die restlichen Bundesländer keine Abschiebungen hierhin unternehmen. Auch eine Abschiebung nach Syrien ist nicht durchführbar, da nahezu alle Betroffenen über einen asylrechtlichen Schutzstatus verfügen. Sollte dieser aufgrund von Straftaten o.ä. widerrufen worden sein, wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Abschiebungsverbot für Syrien ausgesprochen. Andere Fälle sind hier nicht bekannt. Rückführungen in den Iran und nach Syrien finden daher bundesweit nicht statt.

7. Wie würde der Senat seine Erfolge bei seinen Abschiebebemühungen in den letzten fünf Jahren beschreiben? Inwieweit plant der Senat in Anbetracht des „Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung“ seine Abschiebep Praxis zu ändern und statt auf freiwillige Ausreisen, auf tatsächliche Rückführungen zu setzen?

Die Rückführung schwerer Straftäter ist stets prioritär zu behandeln. Seit 2018 wurden 137 Personen zurückgeführt, die eine (schwerwiegende) Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dargestellt haben. Diese Personen waren im Bundesgebiet erheblich strafrechtlich auffällig geworden, etwa mit schweren Eigentums- und Gewaltdelikten, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Betäubungsmittel- und Tötungsdelikten. Weitergehend wurden auch Personen zurückgeführt, von denen ein extremistisches oder gar terroristisches Gefährdungspotenzial ausging.

Im Übrigen sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die Behörden in den letzten Jahren durch die Ereignisse der Corona-Pandemie sowie des Ukrainekrieges vor zusätzliche Aufgaben gestellt wurden, die zu einer enormen Belastung geführt haben.

Aus Sicht des Senats bleibt abzuwarten, ob die mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rückführung verbundenen Erwartungen in der Praxis zu einer erleichterten

Abschiebung von Straftätern und Gefährden führen werden. Dennoch ist bei sonstigen vollziehbar ausreisepflichtigen Personen –sowohl aus humanitären wie auch aus haushalterischen Gesichtspunkten – die freiwillige Ausreise die erste Wahl.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage Kenntnis.